

Anklage gegen IS-Aktivisten: Geplanter Terroranschlag auf Stockholm

Bundesanwaltschaft klagt in Jena zwei mutmaßliche IS-Terroristen an, die einen Anschlag auf das schwedische Parlament planten.

Stand: 21.08.2024 17:33 Uhr

In Thüringen sind zwei mutmaßliche Mitglieder des Islamischen Staates (IS) festgenommen worden, die im Verdacht stehen, einen Anschlag auf das schwedische Parlament geplant zu haben. Die Bundesanwaltschaft hat mittlerweile Anklage gegen beide Männer erhoben, die als Mitglieder des Terrorgruppen-Ablegers IS Provinz Khorosan (ISPK) gelten. Der Prozess wird vor dem Oberlandesgericht Jena stattfinden.

Die Männer, beide afghanischer Herkunft, sollen mit ISPK-Funktionären in Kontakt gestanden haben. Ihre Vorbereitungen für den geplanten Terrorakt umfassen die Recherche zu den Gegebenheiten in Stockholm, wo sie gezielt Informationen über den Anschlagsort ermittelt haben. Geplant war, im Sommer 2023 direkt im Bereich des schwedischen Parlaments auf Polizisten und Passanten zu schießen. Zu den Drahtziehern des Plans haben laut Anklage auch ISPK-Mitglieder im Ausland Kontakte gehabt.

Verdacht auf finanzielle Unterstützung

Ein weiterer schwerwiegender Vorwurf gegen einen der Angeklagten ist die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, indem er Gelder in Deutschland gesammelt hat.

Diese finanziellen Mittel sollten über einen Mittelsmann nach Nordsyrien transferiert werden, um dort inhaftierte IS-Mitglieder zu unterstützen. Diese Aktivitäten verdeutlichen die internationalen Netzwerke und die Finanzierung des IS, die auch vor den deutschen Grenzen nicht Halt machen.

Zusätzlich wird angemerkt, dass weitere Festnahmen in Deutschland in den letzten Monaten in Verbindung mit dem ISPK stattfanden, darunter Verdächtige, die möglicherweise in geplante Anschläge verwickelt waren. Der ISPK ist bekannt dafür, in Afghanistan gegen die Taliban zu kämpfen, was seine Gefährlichkeit erhöht und internationale Sicherheitskräfte alarmiert. 2023 warnte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass der ISPK besonders aktive Strukturen in Europa aufgebaut hat.

Anschlag als Reaktion auf Koranverbrennungen

Behörden zufolge hätte der Anschlag in Stockholm eine direkte Reaktion auf Koranverbrennungen sein sollen, die in Schweden und anderen skandinavischen Ländern stattgefunden hatten. Diese Vorfälle haben nicht nur in Europa, sondern auch weltweit für Aufregung und Protest gesorgt, da sie als respektlos gegenüber der islamischen Kultur wahrgenommen werden. Die mutmaßlichen Täter wurden im März in Gera festgenommen und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft.

Der ISPK hat sich als besonders gefährlicher Akteur im globalen Terrorismus etabliert und ist weiterhin eine Bedrohung. Die Anklage und die Festnahmen in Thüringen zeigen, wie der internationale Terrorismus in lokale Kontexte eindringt und wie entscheidend präventive Maßnahmen sind, um solche Bedrohungen zu erkennen und zu bekämpfen. Der Fall verdeutlicht die verbreiteten Risiken und die anhaltenden Herausforderungen der Terrorismusbekämpfung in Deutschland und darüber hinaus.

Die Ermittlungen werden von der Bundesanwaltschaft mit Hochdruck fortgesetzt. Der Prozess am Oberlandesgericht Jena könnte für die Öffentlichkeit und das Rechtssystem von großer Bedeutung sein, da er relevante Fragen über den Terrorismus und die Sicherheit in Deutschland aufwirft. Experten aus dem Bereich Sicherheit und Terrorismusbekämpfung verfolgen den Fall genau und erwarten, dass er als Präzedenzfall für zukünftige Verfahren dienen könnte.

Die Vorfälle in Schweden, bei denen Koran verbrannt wurde, haben nicht nur in der islamischen Gemeinschaft, sondern weltweit für Kontroversen gesorgt.

Die Anklage gegen die mutmaßlichen Mitglieder des Islamischen Staates wirft nicht nur Fragen zur inneren Sicherheit auf, sondern beleuchtet auch die steigenden Tendenzen des Extremismus in Deutschland und Europa. Die Analyse von tatsächlichen Anschlägen und deren Ursachen hat in den letzten Jahren zugenommen. Experten warnen, dass die Rückkehr von IS-Kämpfern aus Konfliktgebieten wie Syrien und dem Irak, gepaart mit der ideologischen Verbreitung extremistisch-anarchistischer Strömungen, einen fruchtbaren Boden für solche Pläne schafft.

In den letzten Jahren hat die Bundesanwaltschaft zahlreiche Verfahren gegen mutmaßliche IS-Terroristen eröffnet, was auf einen anhaltenden Trend hinweist. Diese Fälle reichen von der Rekrutierung bis hin zur Planung konkreter Terroranschläge in Deutschland und Europa. Der Verfassungsschutz hebt hervor, dass insbesondere Jugendliche anfällig für radikale Ideologien sind, die häufig über das Internet verbreitet werden.

Hintergründe zum Extremismus in Deutschland

Nach dem IS-Zusammenbruch in Syrien und dem Irak bemerkten Sicherheitsbehörden einen Anstieg der Aktivität nationalistischer Gruppen sowie islamistischer Extremisten. Viele Angehörige

extremistisch gesinnter Organisationen haben sich verstärkt auf die Rekrutierung neuer Mitglieder konzentriert. Die Bundesanstalt für Verfassungsschutz berichtet, dass in Deutschland Tausende von Gefährdern im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen.

Die soziale Isolation vieler junger Menschen und das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Kulturen sind ebenfalls Faktoren, die das Risiko einer Radikalisierung erhöhen. In zahlreichen Studien wird aufgezeigt, dass mangelnde Teilhabe und Perspektivlosigkeit einen Nährboden für extremistische Gedanken darstellen. Die Aufklärung und Prävention sind daher essentielle Bausteine im Kampf gegen den Extremismus in Deutschland.

Statistiken zum extremistischen Extremismus

In einem Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2023 wurde festgestellt, dass die Zahl der IslamistInnen in Deutschland auf über 11.000 geschätzt wird, von denen etwa 1.500 als Gefährder eingestuft sind. Die steigende Zahl von Rückkehrern aus Konfliktgebieten sowie die entstehende Infrastruktur für extremistische Gruppen stellt eine zunehmende Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar.

Während der Koranverbrennungen in Schweden und anderen skandinavischen Ländern im Jahr 2023 zählte die Polizei in Deutschland insgesamt 112 Übergriffe auf Moscheen, was die Spannung zwischen verschiedenen Gemeinschaften verdeutlicht. Das zunehmende Gewaltpotential und die Zahl von extremistischen Vorfällen sind ein Alarmzeichen für die Gesellschaft und erfordern sofortige Aufmerksamkeit der politischen Verantwortlichen.

Der Trend zu Gewalt und Extremismus ist nicht neu. Die Geschichte zeigt, dass Missstände, Angst und Fremdenfeindlichkeit häufig zu einem Anstieg von

extremistischer Gewalt führen. Diese Dynamiken müssen im öffentlichen Diskurs und in politischen Runden verstärkt thematisiert werden, um eine nachhaltige Lösung zu finden.

MDR (jhi/jn)

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)